

Stühlingen erwartet 150 Flüchtlinge - Stadthalle wird zur Notunterkunft

Stadthalle wird zur Notunterkunft / Bürgermeisterin Isolde Schäfer ruft dazu auf:
"Zeigen wir Willkommenskultur".



Sozialdezernentin Sabine Schimkat, Landrat Martin Kistler und Bürgermeisterin Isolde Schäfer
informierten über die Nutzung der Stadthalle Stühlingen als Gemeinschaftsunterkunft für bis zu 150
Flüchtlinge. Foto: Dietmar Noeske



Gut 200 interessierte Bürger der Gesamtgemeinde Stühlingen besuchten die Informationsveranstaltung zur bevorstehenden Flüchtlings-Notunterbringung in der Stühlinger Stadthalle. Foto: Dietmar Noeske

STÜHLINGEN. Spätestens ab Februar 2016 wird die Stühlinger Stadthalle als größte "Notunterkunft" im Landkreis Waldshut zur Unterbringung von bis zu 150 Flüchtlingen genutzt. Landrat Dr. Martin Kistler, Kreis-Sozialdezernentin Sabine Schimkat und Bürgermeisterin Isolde Schäfer lieferten in einer von gut 200 interessierten Bürgern besuchten Veranstaltung Informationen aus erster Hand zu gegebenen Rahmenbedingungen. Zudem bot der gut zweieinhalbstündige Informationsabend die Möglichkeit, Fragen zu Details und Einzelheiten zu stellen.

Beispiel Niederhof

Zu Beginn präsentierte Gerd Wiesmann vom Stühlinger Helferkreis gewonnene Bilder und Eindrücke aus der Sabine-Spitz-Halle in Niederhof, wo derzeit schon 70 Flüchtlinge notdürftig untergebracht sind. Auch in der Stühlinger Halle werden mit Planen bespannte Bauzäune einzelne Parzellen bilden, in denen je Flüchtling Feldbett, Spind und Stuhl untergebracht sein werden. "Wie auf einem Campingplatz" werden die sanitären Anlagen ein neuralgischer Punkt sein. In Niederhof ist auf den Toiletten jeweils eine bebilderte Anleitung zur Benutzung angebracht. Der ehrenamtliche Helferkreis ist im Murger Ortsteil 150 Personen stark. 56 von ihnen stellen die Essensausgabe sicher. Gerd Wiesmann folgerte: "Wir müssen noch viele Helfer finden!" Praktische Tipps konnten in Niederhof zur weiteren Organisation gewonnen werden.

Ohne Ehrenamt geht's nicht

Die Kreis-Sozialdezernentin zog aus den Erfahrungen in Niederhof das Fazit: "Es klappt!" Sie erläuterte, dass den Ehrenamtlichen drei Säulen an hauptamtlichen Helfern zur Seite stehen: die Hausmeister, fünf Heimleiter sowie neun Sozialarbeiter. Bis Ende Februar wird sich deren Zahl noch weiter erhöhen. Sie unterstrich aber die Notwendigkeit des ehrenamtlichen Engagements. Gemeinsames Ziel müsse die Integration der Flüchtlinge in das Alltagsleben sein. Hier sei zum einen die Mitarbeit von Kindergarten, Schulen und Vereinen angezeigt. Einführende Sprachkurse sollten zum anderen durch ein ehrenamtliches Angebot wie Patenschaften, Stadtführungen, ein 'Café International' oder die Begleitung zu Veranstaltungen ergänzt werden.

Die Menschen sind in Not

Landrat Kistler erläuterte zunächst die gesetzlichen Pflichten zu menschenwürdigem Umgang

sowie guter Unterbringung der Flüchtlinge. Hier verwies er auf das "Handbuch für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe" des Staatsministeriums. Er rief in Erinnerung, dass diese Menschen aus einer Notlage heraus zu uns kommen. Im Dezember 2015 habe der Landkreis Waldshut den bisherigen monatlichen Höchststand von 438 Personen von der Landeserstaufnahmestelle zur Unterbringung übernehmen müssen. Dies entspreche zwei Prozent des Landeszustroms. Damit seien die ursprünglichen Planzahlen des Landkreises verneunfacht worden. Die Hallenunterbringung, wie sie bereits in Niederhof, Görwihl und Waldshut praktiziert werde, sei deshalb nur als "Übergangslösung" zu sehen.

1550 Flüchtlinge im Kreis

Im Landkreis sind derzeit 1550 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften (GU) an 18 Standorten untergebracht. Den hohen Anteil von insgesamt 750 Personen aus Syrien umschrieb Martin Kistler: "Eine Weltauswahl mit Schwerpunkt aus Syrien kommt zu uns". Bei der Zahl der Balkanflüchtlinge machte er einen rückläufigen Trend aus. Die aktuelle Gesamtkapazität von 1833 Plätzen im Landkreis bedeute, dass voraussichtlich die vier Wochenzuweisungen im Januar mit prognostiziert 338 Personen noch mit dem Bestand bewältigt werden können.

Stadthalle wird gebraucht

Spätestens im Februar müsse dann aber auf die Stadthalle Stühlingen zurückgegriffen werden. Im "schlimmsten Fall", so ergänzte Sabine Schimkat, seien hier innerhalb von zwei Wochen alle Plätze belegt. Auf die Zuweisungen der Flüchtlinge, deren Nationalität oder Familienstand habe das Landratsamt keinen Einfluss. 875 alleinstehende Männer stellten momentan noch den Hauptteil der Flüchtlinge dar. Von den 1550 aufgenommenen Personen sind 270 Kinder. In Zukunft sollen "Baufortschritte an mehreren Objekten" die Aufnahmekapazität des Landkreises deutlich erhöhen. Bei eher rückläufigen Flüchtlingszahlen könnten Personen aus Hallenunterbringung in feste GUs verlegt werden. Die Dauer einer Unterbringung in GUs ist auf maximal 24 Monate beschränkt. In der Regel wird jedoch schneller über Asylantrag oder Bleiberecht entschieden. Dann werden die Flüchtlinge oftmals in Anschlussunterbringungen (AU) verlegt. So soll letztlich die fest vereinbarte maximale Nutzungsdauer der Stadthalle Stühlingen eingehalten werden können. Am 15. September soll diese wieder zur ursprünglichen Nutzung durch Schulen und Vereine zur Verfügung stehen.

Kosten: 24,8 Millionen Euro

Die Ausführungen des Landrates orientierten sich an bereits schriftlich vorliegenden Fragen zur Nutzung der Stadthalle. In persönlichem Kontakt wurden am Informationsabend noch weitere Fragen beantwortet. Die Kosten der Flüchtlingshilfe schlagen sich mit 24,8 Millionen Euro im Kreishaushalt nieder. "Wir gehen davon aus, dass diese erstattet werden!", zeigte sich der Landrat optimistisch. Hier sprach er von einer einmaligen Pauschale von 14 000 Euro pro Flüchtling. Isolde Schäfer ergänzte: "Wenn der Kreis Geld vom Land bekommt, dann kann der Landkreis Kosten der Gemeinde Stühlingen erstatten".

Fragen und Anregungen aus den Reihen der Bürger rundeten die Infoveranstaltung ab. Die Flüchtlinge sollen "gerecht" auf alle Gemeinden des Landkreises verteilt werden: "Es kommen alle zum Zuge", so der Landrat. In einer angemieteten Anschlussunterkunft in Weizen-Bahnhof stehen ab sofort in der Stadt Stühlingen 30 städtische Plätze zur Verfügung. Wegen der Nutzung der Halle als Gemeinschaftsunterkunft wird Stühlingen drei Monate lang keine Zuweisungen zur Anschlussunterbringung erhalten.

Zeigen wir Willkommenskultur

Weiter thematisiert wurden die Versorgung, Integration, Gesundheit, Kriminalität, sozialer Frieden, Hallenumbau und Nutzung der benachbarten Sportfreianlage. Als einen Erfolg des "Profiling-Programms" des Kreistags nannte Landrat Martin Kistler den Anteil von 30 Prozent der Flüchtlinge, die bisher schon "in Arbeit gebracht" werden konnten. Die Integration werde darüber hinaus durch ein Zusammenwirken aller staatlichen und kirchlichen Institutionen ermöglicht.

"Zeigen wir Willkommenskultur!" So rief Isolde Schäfer am Ende dazu auf, "das Beste daraus zu machen". Der Dank der Bürgermeisterin ging an den Stühlinger Helferkreis wie an Schulen und Vereine für die konstruktive Zusammenarbeit. Martin Kistler dankte für das Engagement, das in Stühlingen schon geleistet wurde. Er versprach: "Wir werden die Einschränkungen so gering wie möglich halten!" Die "Notunterbringung" in der Halle bezeichnete der Landrat als "nicht optimal", sie sei aber "bestmöglich organisiert". Optimismus verbreitete der oberste Repräsentant des Landkreises abschließend: "Mit dem für den Landkreis Waldshut typischen Zusammenhalt werden wir es schaffen!"